

Umweltkrise oder: Warum „Grünes Wachstum“ entweder nicht grün oder kein Wachstum ist

Wir wissen: Unser Wirtschafts- und Sozialsystem gründet auf Wachstum, aber unser wachsendes Wirtschaftsvolumen zerstört die Umwelt. Es übernutzt die Ressourcen- und Verschmutzungsspielräume des Planeten. Also muss „Grünes Wachstum“ her, Wirtschaftswachstum das mehr den Umweltschutz finanziert als die Umweltzerstörung. Das ist nett gedacht und theoretisch je nach Definition von Wachstum nicht zwingend unmöglich. Aber extrem voraussetzungsreich und daher empirisch nicht wirklich zu beobachten.

Seit spätestens 1973, seit dem Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“, droht es scheinbar der Weltuntergang durch die Umweltkrise. Aber wir leben immer noch. So stolpern wir seither zwischen Prophezeiungen, Dramatisierungen, Lösungsversprechen und Leugnungen hin und her. Es gelingt uns bisher, die meisten direkten Auswirkungen der Übernutzung von Ressourcen und Verschmutzungsspielräumen auszusitzen, indem wir sie verschieben. Unser Wirtschafts- und Sozialsystem gründet auf Wachstum und daher *müssen* wir auch die Grenzen verschieben – vom Lokalen ins Globale, von der Gegenwart auf die Zukunft, vom Direkten ins Indirekte, vom Sichtbaren ins Unsichtbare. Aber damit verschwinden die Umweltprobleme nicht, im Gegenteil: sie akkumulieren sich, im Globalen Süden, in der Zukunft, in der fehlenden Zurechenbarkeit. Grünes Wachstum ist dabei die Vorstellung, dass trotzdem im Prinzip alles so bleiben kann, wie es ist.

Was sagen die Wirtschaftswissenschaften?

Zurecht werden Sie, die Leserin, jetzt einwenden: Aber es gibt doch eine Vielzahl vielversprechender technischer Lösungen. Jeden Tag werden neue erfunden. Warum kommen die nicht bald zur Anwendung? Die Wirtschaftswissenschaften geben uns hier die Antwort: Diese Lösungen rechnen sich erst dann, wenn sie kostengünstiger beziehungsweise die herkömmlichen Lösungen teurer werden. Regenerative Energie zum Beispiel könnten leichter speicherbar und damit systemisch günstiger werden, fossile Energien sich allmählich erschöpfen und damit immer seltener und teurer werden. Sobald die regenerativen Energien günstiger und lokal leichter verfügbar sind als die fossilen, werden letztere unverkäuflich und bleiben in der Erde. Der sogenannte Choke-Punkt wäre erreicht, die Förderung von Kohle, Öl und Gas würde „abgewürgt“.

Die nächste Frage wäre dann, ob der Choke-Punkt höher oder niedriger liegt als der frühere durchschnittliche Energiepreis. Wenn er höher liegt – weil in erster Linie die Fossilien teurer geworden sind – dann wird die Wirtschaft gedrosselt. Kein oder weniger Wachstum also. Wenn er niedriger liegt – weil in erster Linie die Regenerativen günstiger wurden – dann wächst die Wirtschaft, aber das ist dann nicht zwangsläufig grün. Denn auch die regenerativen Energien sind nicht ohne Umweltbelastungen zu haben.

Die Wirtschaftswissenschaften erzählen hier gerne die Geschichte von „Jevons Paradox“. William Jevons stellte Ende des 19. Jahrhunderts fest, dass der Kohleverbrauch in England mit James Watts Verbesserung der Dampfmaschine erheblich angestiegen war, obwohl sie sehr viel energieeffizienter war als ihre Vorgänger. Denn gerade aufgrund des sparsameren Kohleverbrauchs wurde Dampfkraft nun in vielen Bereichen konkurrenzfähig, mit dem Ergebnis ihrer umfassenden Verbreitung in Verkehr und Industrie. Die einzelne Arbeitseinheit wurde sparsamer erbracht, aber dieser Einspareffekt wurde durch den Mehrkonsum mehr als aufgehothen. Diesem oft auch als "Rebound" bezeichnete Effekt können wir in vielen Bereichen beobachten.¹ Die ökologischen Grenzen des Wachstums, mit denen die Menschen lokal schon immer konfrontiert waren, wurden durch sparsamere Technologien regelmäßig gesprengt, der Konsum entsprechend ausgeweitet. So stieg zum Beispiel die Lichtausbeute pro Kilowattstunde eingesetzter Energie zwischen dem Jahr 1800 und 2000 in Großbritannien um das Tausendfache, der Konsum von künstlicher Beleuchtung jedoch um das Sechstausendfache.²

Wachstum aufgrund von energiesparenden oder anderen auf Ressourceneffizienz abzielenden Innovationen ist also nicht per se umweltschonend oder „grün“. Von „grünem Wachstum“ kann – einer Definition von Tim Jackson und Peter Victor folgend – nur dann gesprochen werden, wenn die Umweltentlastung stärker ist als der Wachstumsimpuls.³ Damit sind wir schon mitten in den Definitionen.

Definitionsfragen: Was ist und wie messen wir Wirtschaftswachstum? Was ist und wie messen wir Umweltbelastung?

Wirtschaftswachstum wird üblicherweise als reale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verstanden, „real“ insofern, als man die Inflation herausrechnet. Allerdings ist die Berechnung des BIP umstritten, weil es nur die von den Finanzbehörden erfassten Transfers von Geldwerten beinhaltet, aber nicht die tatsächliche Zunahme oder Abnahme von Gebrauchswerten misst.⁴ Krieg zum Beispiel als ultimative Form der Umweltzerstörung kann gleich dreifach positiv ins BIP eingehen: Zuerst beim Ankauf der Waffen, dann bei der Behandlung der Verletzten, schließlich beim Wiederaufbau. Nichtstun dagegen trägt offensichtlich nicht zum monetären Wachstum bei, aber zur Entlastung der Umwelt: Man verdient kein Geld, das man für umweltzerstörende Dinge ausgeben könnte.

Aber auch wenn man – mangels besserer Methoden der Reichtumsmessung – den monetären Rahmen des BIP akzeptiert, bleibt die Frage, wohin das Geld fließt: Trägt es durch Investitionen in Technologie, Infrastruktur und Aufrüstung zum imperialen Dauerhalt bei? Oder fließt es stattdessen in den privaten Konsum und das Wohlleben des Pöbels? Oder fließt es gezielt in Technologien, die die Umwelt entlasten? Alle drei Ströme sind im Rahmen des BIP messbar und können daher als Wirtschaftswachstum registriert werden. Jedoch, hier im Vorgriff schon mal gefragt: Wer sollte an der Investition in Umwelttechnologie ein ernsthaftes Interesse haben – wenn entweder die Mächtigen oder der Pöbel den Gürtel entsprechend enger schnallen müssten?

Ob aber die Investitionen in Umwelttechnologien überhaupt ihren Zweck erfüllen, können wir nur feststellen, wenn wir Umweltbelastungen bzw. -entlastungen sinnvoll messen und vergleichen können. Im Rahmen der öffentlichen Fokussierung auf den Klimawandel haben sich die CO₂-Emissionen hier als häufig gebrauchter Maßstab etabliert. Akzeptiert man nun beide Maßstäbe, Geld als Wertmaßstab und CO₂ als Maßstab für Umweltbelastung, dann kann man beide Größen auch ins Verhältnis setzen: Wieviel Gramm CO₂-Emissionen sind mit der Wertschöpfung von einem Euro verbunden? Oder umgekehrt ausgedrückt: Wieviel Euro Wertschöpfung können wir aus der Emission von einer Tonne CO₂ generieren? Deutschland hat 2025 ungefähr 650 Millionen Tonnen CO₂ emittiert, bei einem BIP von ca. 4,5 Billionen Euro. Das heißt, dass 1 Euro Wertschöpfung mit der Emission von 144 Gramm CO₂ verbunden war, 1 Tonne CO₂-Emissionen umgekehrt mit einer Wertschöpfung von knapp 7.000 Euro einher ging.

Auf Basis dieser oder ähnlicher Zahlen können wir nun auch „grünes Wachstum“ definieren: Die Umweltbelastung sinkt, obwohl der monetäre Reichtum, das BIP steigt. Braunes Wachstum im Sinne von Jackson/Victor (s.o.) wäre dann gegeben, wenn die Umweltbelastung langsamer wächst als der Wohlstand, also eine relative Entkopplung stattfindet.

Kein „grünes Wachstum“, nirgends?

Empirisch ist weltweit bisher „braunes Wachstum“ zu beobachten, wie Abbildung 1 zeigt: Die CO₂-Emissionen steigen langsamer als der monetäre Reichtum, aber sie wachsen weiterhin an. Die Abflachung der CO₂-Emissionen ist dabei vor allem ein naturwüchsiges Phänomen der Industrialisierung, also unabhängig vom Zutun irgendeiner Umweltpolitik. Zu Beginn der industriellen Entwicklung erfolgt ein Umstieg von Holz und anderer Biomasse auf fossile Energieträger, außerdem werden vor allem schwerindustrielle Güter wie Stahl und Zement produziert. Dadurch steigen die CO₂-Emissionen zunächst extrem an. Mit fortgeschrittener Entwicklung verlagert sich die schwerindustrielle Produktion, vor allem wegen günstigerer Arbeitskosten, in die ärmeren Länder, während die reicheren Länder ihre Wertschöpfung auf weniger materialintensive Produkte und Dienstleistungen konzentrieren. Wachstum bleibt hier weiterhin mit zunehmenden Umweltbelastungen verbunden, auch wenn tendenziell eine Entkopplung stattfindet. Diese Entkopplung („braunes Wachstum“) wird häufig mit „grünem Wachstum“ verwechselt – weil man nicht weiß oder auch nicht so genau wissen will, wovon man redet.

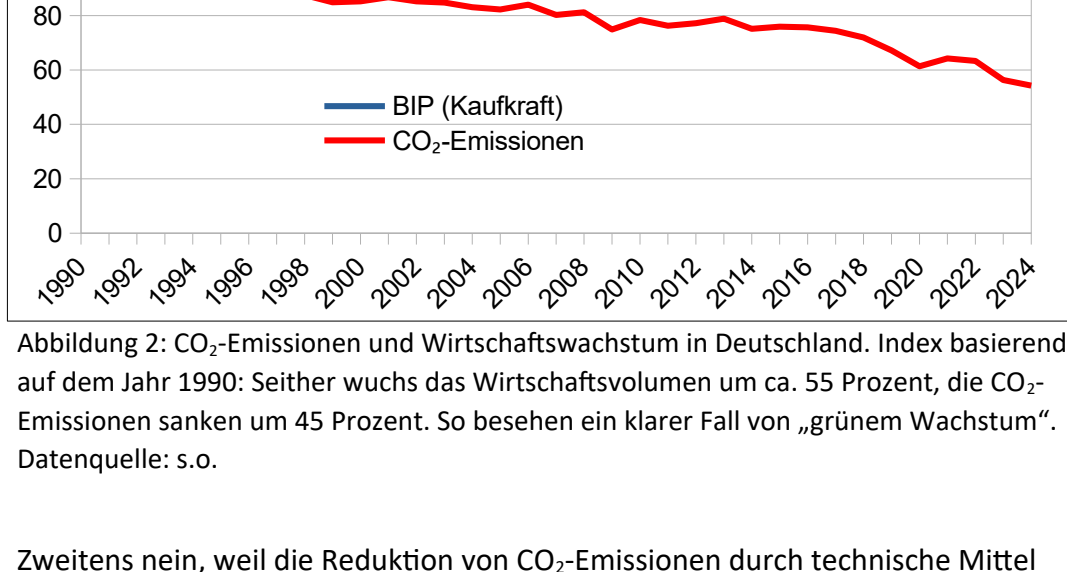


Abbildung 1: CO₂-Emissionen und Wirtschaftswachstum in der Welt insgesamt. Index basierend auf dem Jahr 1990: Seither wuchs das Wirtschaftsvolumen um ca. 190 Prozent, die CO₂-Emissionen stiegen nur um ca. 70 Prozent; also so besehen ein Fall von „braunem Wachstum“: Mit dem monetären Reichtum steigt die Umweltbelastung auch weiterhin. Datenquelle: Our World in Data, eigene Aufbereitung.

Bis 2045 soll Deutschland, den Beschwörungen der Bundesregierung zufolge, klimaneutral werden, also keine CO₂-Emissionen mehr aufweisen. Abbildung 2 zeigt, dass das eventuell gelingen könnte: Seit 1990 sanken die CO₂-Emissionen um 45 Prozent. So besehen ist tatsächlich „grünes Wachstum“ zu beobachten. In jüngerer Zeit, von 2017 bis 2024, war der Rückgang sogar besonders schnell (jährlich 4,4 %), während das BIP allerdings – krisenbedingt durch Covid und den Krieg mit Russland – fast gar nicht mehr stieg (jährlich um 0,31 %).

Wäre mit dem Erreichen der Klimaneutralität in Deutschland auch die Umweltkrise überwunden? Zweimal Nein! Erstens nein, weil Klimagase global wirksam sind und überwunden? Zweimal Nein! Erstens nein, weil 1,5 Prozent der fossilen Brennstoffe, die wir in Deutschland einsparen, verschwinden auch nicht, sondern fließen über den Weltmarkt in andere Teile der Erde – man spricht hier vom „Grünen Paradox“. Für die Entkopplung von den Preisrisiken fossiler Energieträger oder Boden gibt es gute Gründe, aber als nationaler „Klimaschutz“ propagiert wird das am Klimawandel in Deutschland nichts ändern.

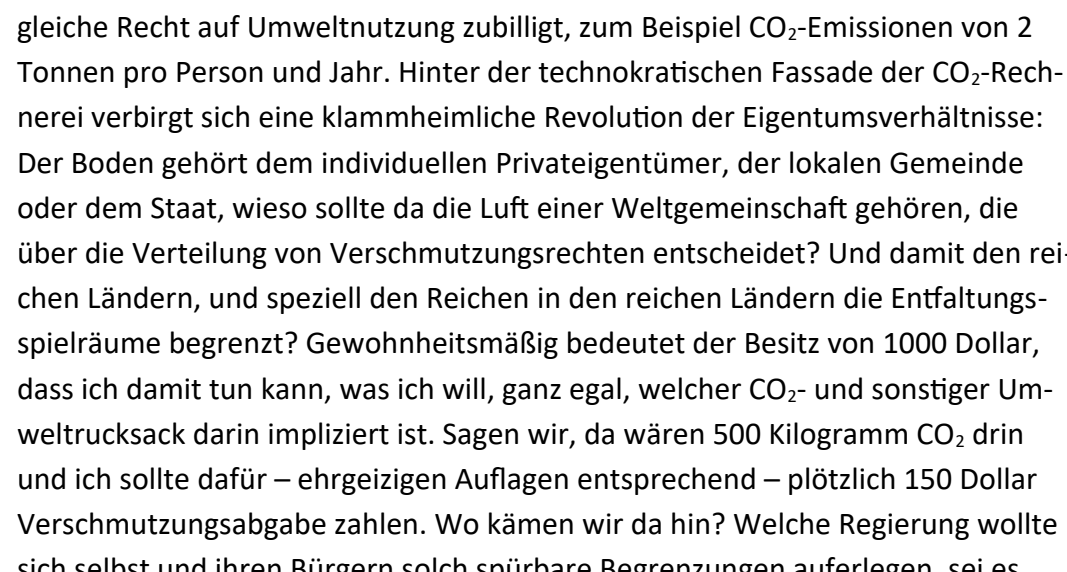


Abbildung 2: CO₂-Emissionen und Wirtschaftswachstum in Deutschland. Index basierend auf dem Jahr 1990: Seither wuchs das Wirtschaftsvolumen um ca. 55 Prozent, die CO₂-Emissionen sanken um 45 Prozent. So besehen ein klarer Fall von „grünem Wachstum“. Datenquelle: s.o.

Zweitens nein, weil die Reduktion von CO₂-Emissionen durch technische Mittel vielfach weniger zur Vermeidung als nur zur Verlagerung von Umweltbelastungen in andere Medien oder Wirtschaftsräume führt. Regenerative Energien durch Windräder und Sonnenkollektoren zum Beispiel erzeugen zwar keine direkten CO₂-Emissionen, erfordern aber viel Raum und stoßen entsprechend vor allem in dicht besiedelten Gebieten auf Widerstand. Stromtrassen sind teuer und unbeliebt.

Daher müsste man, wenn man Umweltbelastung seriös beurteilen wollte, den gesamten „ökologischen Fußabdruck“ betrachten, der aber schwer zu definieren und zu messen ist. Wieviel Raum nimmt zum Beispiel ein Windrad ein, nur den unmittelbaren Kreis oder die gesamte Fläche, in der der Schlagschatten zu sehen ist? Darüber gehen die Meinungen weit auseinander, wie etwa der Streit um die 10 G-Regelung in Bayern zeigt. Die Engführung auf den Klimawandel stellt insofern auch eine Verschleierung der Gesamtproblematik dar: Man konzentriert sich auf ein Umweltproblem, von dem man hofft, dass es als leicht lösen kann, und erzeugt dafür andere Probleme, die man aus dem Blick verdrängt.

Paris 2015: Auf dem Höhepunkt der Grünen Hoffnung

Das Klimaabkommen von Paris schien einen Durchbruch für den Klimaschutz zu markieren: Erstmals waren die beiden größten CO₂-Emittenten, China und die USA (damals unter Barak Obama), bereit, Begrenzungen ihres Ausstoßes zuzustimmen. Aber allzu zügellos wirkte die grüne Euphorie dann doch nicht. Denn bei näherem Hinsehen zeigte sich, dass sowohl China als auch die USA ambitionierte als auch eine immer sichtbarer werdende Umsetzungslücke besteht.⁵ Mit Ambitions-lücke ist gemeint, dass die eingebrachten Reduktionsversprechen zu niedrig sind, um das im Abkommen propagierte 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Und die Versprechen auch nicht erfüllt werden, also eine mit der Zeit immer größer werdende Umsetzungslücke klappt.

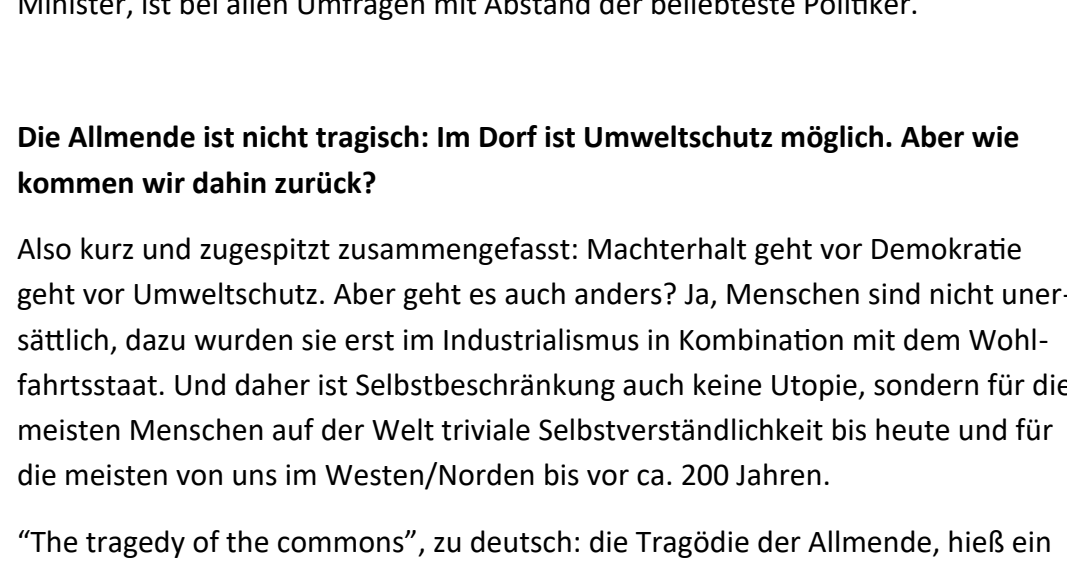
Es wäre auch erstaunlich gewesen, geradezu revolutionär, wenn die Logik der Klimaverhandlungen in die Realität umzusetzen wäre, denn sie impliziert eine Art „Verschmutzungskommunismus“, indem sie jedem Menschen auf der Welt das gleiche Recht auf Umweltnutzung zubilligt, zum Beispiel CO₂-Emissionen von 2 Tonnen pro Person und Jahr. Hinter der technokratischen Fassade der CO₂-Rechnerei verbirgt sich eine klammheimliche Revolution der Eigentumsverhältnisse: Der Boden gehört dem individuellen Privateigentümer, der lokalen Gemeinde oder dem Staat, wieso sollte da die Luft einer Weltgemeinschaft gehören, die über die Verteilung von Verschmutzungsrechten entscheidet? Und damit den reichen Ländern, und speziell den Reichen in den reichen Ländern die Entfaltungsspielräume begrenzt? Gewohnheitsmäßig bedeutet der Besitz von 1000 Dollar, dass ich damit tun kann, was ich will, ganz egal, welcher CO₂- und sonstiger Umweltruck sack darin impliziert ist. Sagen wir, da wären 500 Kilogramm CO₂ drin und ich sollte dafür – ehrgeizigen Auflagen entsprechend – plötzlich 150 Dollar Verschmutzungsabgabe zahlen. Wo kämen wir da hin? Welche Regierung wollte sich selbst und ihren Bürgern solch spürbare Begrenzungen auferlegen, sei es durch ernsthafte CO₂-Steuern oder Investitionspflichten in umweltentlastende Technologien? Die nächsten beiden Abschnitte zeigen, warum das praktisch unmöglich ist.

Trittbrettfahren auf internationaler Ebene: Warum in kriegerischer Konkurrenz niemand ernsthaft die Absicht haben kann, globale Umweltprobleme zu lösen

Stellen wir uns vor, wir wären das Herrschaftszentrum eines Imperiums, konkurrierend mit anderen Imperien um Einfluss und Macht, und daher auch Umweltressourcen auf dem Planeten. Warum sollten wir diese Ressourcen schonen und sie den anderen Imperien überlassen? Das würden wir nur tun, wenn wir uns davon einen Vorteil gegenüber den anderen Imperien versprechen. Einen eigenen Nachteil hauptsächlich zugunsten von anderen Mächten würden wir natürlich nicht akzeptieren.

Unter ganz bestimmten Bedingungen wäre vielleicht ein eigenes Engagement zum Beispiel im Klimaschutz trotzdem denkbar, etwa wenn unsere Macht- und Wirtschaftszentren besonders vulnerabel gegenüber dem Klimawandel oder einer Berg- und Talfahrt fossiler Energiepreise wären, oder wenn wir uns von Investitionen in regenerative Energien besondere Entwicklungsvorteile für uns selbst versprechen. Das könnte in Deutschland beziehungsweise der EU vorübergehend, in den 2010er Jahren, die Sichtweise gewesen sein. Damals propagierte man nichts weniger als einen [European Green Deal](#), damit auf den New Deal in den USA unter Roosevelt anspielend, der dem Westen geläufiger historischer Erzählung zufolge das Wirtschaftswunder beschert hat. Umweltschutz als Wirtschaftsförderung sozusagen.

Natürlich ist diese Perspektive auch vom Zeithorizont abhängig – eine solche Strategie erfordert langfristiges Denken. Seit der Zeithorizont mit Beginn der 2020er Jahre, mit der Pandemie und den ständigen Kriegen, sich deutlich verkürzt hat, ist die Perspektive auf den Green Deal aus dem Blick gerückt, das heißt in der Regierungsgenda ganz nach hinten gerückt. Seitdem geht es eher darum, wie man die eigenen Kampfflugzeuge und Panzer mit Sprit versorgen und aktuell den Unmut in der Bevölkerung wegen steigender Energiepreise im Zaum halten kann. Denn kurzfristig und schnell ist der Umstieg auf regenerative Energieträger nicht zu haben.



Imperien wie China, die selbst über wenig Erdöl und Erdgas verfügen, haben also ein Interesse daran, diese Energieträger möglichst zügellos in der Welt zu beschaffen. Imperien wie die USA, die über eigene, aber nur teuer zu erschließende Quellen verfügen, haben darüber hinaus eventuell auch das Interesse, den Zugang zu billigeren Quellen, etwa im Nahen Osten durch die Straße von Hormus oder in Europa durch die russischen Pipelines, zu behindern, weil damit die eigenen Quellen konkurrenzfähig werden und ausgebeutet werden können, bevor sie aufgrund des Chokepunktes, d.h. der Unterbietung durch regenerative Quellen (s.o.), unverkäuflich werden. Globale Kooperation, die für globalen Umweltschutz erforderlich wäre, ist schon in ruhigeren Zeiten präkär. Im Krieg ist sie unmöglich.

Trittbrettfahren auf nationaler Ebene: Warum keine Partei ambitionierte Umweltpolitik propagieren und umsetzen kann

Soweit zur Konkurrenz in internationalen Beziehungen, also zur Außenpolitik. Aber auch auf der innenpolitischen Bühne der Parteienkonkurrenz lässt sich mit Umweltschutz kein Blumentopf gewinnen, jedenfalls nicht, wenn eine Partei ernsthaft über kostenloses „Green Washing“ hinaus gehen wollte. Das lässt sich sehr gut am Programm der Grünen Partei in Deutschland sehen. Zuletzt, in der rot-grün-gelben Regierung von 2021 bis 2024, hatte sie sich mit dem sogenannten Heizungsgesetz noch eine blutige Nase geholt. Darin hatte sie von allen Hausbesitzern verlangt, bei der Erneuerung ihrer Heizung auf Wärmepumpen umzustellen, unabhängig ob die Umstellung sich absehbar rechnen würde oder nicht. Dabei war entgangen, das nicht alle Hausbesitzer reich und daher mit Umweltauflagen leicht belastbar sind. Mit anderen Worten: Der Pöbel, besonders im ländlichen Raum, sollte den Gürtel enger schnallen, um das Weltklima zu retten. Kam nicht gut an.

Denn die deutsche Wählerklientel, also alle mit deutscher Staatsbürgerschaft, ist immer noch mehrheitlich auf Wohlstand orientiert. Aus historischen Gründen: Fortgeschrittene Industrialisierung bedeutet in Deutschland wie anderswo, dass man den Arbeitern ihren Produzentenstolz und ihre Produzentenautonomie gegen höhere Löhne abgekauft hat. Winston Taylor hat das mit den Grundlagen des „wissenschaftlichen Managements“ (vulgo: Taylorismus) schon in den 1920er Jahren durchschaut: Alle Arbeitsschritte möglichst soweit zu zerlegen, dass sie ein „intelligenter Gorilla“ ausführen kann. Um sie damit möglichst vollständig unter die Kontrolle des Managements zu bringen. Höhere Löhne sollten für die damit einher gehende Herabwürdigung und Verblödung entschädigen. Diese Idee machte sich die Sozialdemokratie alsdann im Zeitalter des Fordismus gegen die sozialistischen und anarchistischen Träume von der Arbeiterautonomie zu eigen. Im „sozialdemokratischen Jahrhundert“ (Ralf Dahrendorf) mussten die anderen Parteien auch für ihre Wählerklientel mit ähnlichen Versprechen nachhaken. Wohlfahrtseinbußen sind daher bis heute das Letzte, was sie ihren Wählern versprechen können. Jedenfalls, wenn es, wie beim Klimaschutz, bloß der ganzen Menschheit dient. Massenloyalität durch Konsum war bis vor Kurzem die gängige Münze, Massenloyalität durch Bedrohungsphantasien („der Russe kommt 2029“) wird zur Zeit wieder versucht. Den Gürtel enger schnallen für die Aufrüstung, das scheint weithin akzeptabel; aber den Gürtel enger zu schnallen für den globalen Umweltschutz, das lässt sich niemandem verkaufen – auch nicht mit dem kruden Märchen, dass nationaler Klimaschutz vor dem globalen Klimawandel schützen würde. Aber trotzdem interessant und nebenbei bemerkenswert: Wenn es um Kriegspropaganda geht, funktionieren die ungläublichsten Geschichten, da glaubt der deutsche Michel einfach alles: Russland ist so schwach, dass die kleine Ukraine den Krieg gewinnen kann. Russland ist gleichzeitig so stark, dass es alsbald die große NATO angreifen wird. Und Boris Pistorius, Deutschlands Kriegstüchtigkeitsminister, ist bei allen Umfragen mit Abstand der beliebteste Politiker.

Die Allmende ist nicht tragisch: Im Dorf ist Umweltschutz möglich. Aber wie kommen wir dahin zurück?

Also kurz und zugespitzt zusammengefasst: Machterhalt geht vor Demokratie geht vor Umweltschutz. Aber geht es auch anders? Ja, Menschen sind nicht unersättlich, dazu wurden sie erst im Industrialismus in Kombination mit dem Wohlfahrtsstaat. Und daher ist Selbstbeschränkung auch keine Utopie, sondern für die meisten Menschen auf der Welt triviale Selbstverständlichkeit bis heute und für die meisten von uns im Westen/Norden bis vor ca. 200 Jahren.

„The tragedy of the commons“, zu deutsch: die Tragödie der Allmende, hieß ein Artikel, der sehr früh, d.h. schon in den 1960er Jahren den Umweltschutz propagierte und dessen Schwierigkeiten als Ausfluss eines angeblich natürlichen und unvermeidbaren Eigennutzes der Menschen zu beschreiben versuchte.⁶ Dabei ist die Allmende im traditionellen Sinne keineswegs tragisch, wie vor allem Elinor Ostrom wieder und wieder für lokale Ökosysteme gezeigt hat – der Dorfanger wird selten überweidet, weil alle ihn im Blick haben, die Ursachen kennen, Absprachen über Weiderechte treffen und ihre Einhaltung überwachen können. Unter diesen Bedingungen haben Menschen schon immer die Grenzen lokaler Ökosysteme grundsätzlich gekannt und meistens auch geachtet. Erst durch den Industrialismus sind die Verantwortlichkeiten aus dem Blick geraten: Man schürft die Ressourcen von immer weiter her und transportiert die unliebsamen Folgen – Giftmüll, Rauchgase, Abwässer – immer weiter weg. Kurzum, man beansprucht eine globale Allmende, bei der alle Verantwortlichkeiten vermischt sind.

Zur Unverantwortlichkeit und scheinbaren Unersättlichkeit gehört auch die Trennung von Konsum und Produktion durch den Cash Nexus, das heißt das Dazwischentreten von Geld: Bis heute stellen die meisten Menschen auf der Welt (und bis vor Kurzem auch wir im globalen Norden) die Güter selbst her, die sie dann konsumieren. Auf der einen Seite also Arbeitsautonomie und Produzentenstolz, die auch heute noch jeder empfinden kann, der selbst etwas anbaut, herstellt, zubereitet oder repariert. Auf der anderen Seite dann Verständnis beim Konsum für die Mühe der Arbeit und die Grenzen der Natur bei der Herstellung der Produkte, die man aktuell verzehrt. Man produziert entsprechend nicht mehr, als man absehbar braucht und konsumiert nicht mehr, als verfügbar ist. Wenn die Ernte besonders gut war, verschenkt man die Überschüsse an die Nachbarn; wenn sie schlecht war, hofft man, dass die Nachbarn vielleicht etwas über haben.

Die in dieser Art der Subsistenzwirtschaft vorherrschende Genügsamkeit war dann zu Beginn auch ein wesentliches Hindernis der Industrialisierung: Wie motiviert man Menschen zur Mehrarbeit? Max Weber beschreibt das in seinem berühmten Essay über die Entstehung des Kapitalismus.⁷ Wenn man den Tagelöhnern den üblichen Lohn zahlt, arbeiten sie salomus: bis das Geld zum nächsten haben für ihren gewöhnlichen Konsum, sagen wir Essen und Schnaps. Zahlt man weniger, dann leisten sie weniger. Zahlt man mehr, dann hören sie früher auf zu arbeiten. Der Sinn von Mehrverdienst konnte sich ihnen noch nicht einprägen, weil es auf der einen Seite an der Entfaltung der Konsumbedürfnisse fehlte, auf der anderen Seite an der Möglichkeit, über Ersparnisse Vermögen, das heißt Sicherheit und Macht zu generieren. Durch die Entwicklung von Lohnarbeit, Vermögensbildung, Wohlfahrtsstaat und Konsumgesellschaft sind wir in die aktuelle Ungenügsamkeit geraten: Alle wollen immer mehr, besonders natürlich nicht weniger als die anderen, mit denen sie sich unmittelbar vergleichen.

Freiwillig und über Wählerstimmen gibt es da kein Zurück mehr. Aber der Zusammenbruch des Industrialismus durch die Übernutzung der planetaren Ressourcen und Verschmutzungsspielräume kommt wahrscheinlich schneller, als die meisten von uns denken. Und damit wird sich die Rückbesinnung auf die lokale Allmende wieder von selbst einstellen.

Anmerkungen

1 Polimeni, J. M., Mayumi, K., Giampietro, M., & Alcott, B. (2015). The myth of resource efficiency: The Jevons paradox. Routledge.

2 Fouquet, R., & Pearson, P. J. (2006). Seven centuries of energy services: The price and use of light in the united kingdom (1300-2000) 1. The energy journal, 27(1), 139-178.

3 Jackson, T., & Victor, P. A. (2019). Unraveling the claims for (and against) green growth. Science, 366(6468), 950-951.

4 Lepenies, P. (2013). Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts. Berlin: Suhrkamp.

5 Roelfsema, M., van Soest, H. L., Harmsen, M., van Vuuren, D. P., Bertram, C., den Elzen, M., ... & Vishwanathan, S. S. (2020). Taking stock of national climate policies to evaluate implementation of the Paris Agreement. Nature communications, 11(1), 2096.

6 Hardin, G. (1968). The tragedy of the commons: the population problem has no technical solution; it requires a fundamental extension in morality. Science, 162(3859), 1243-1248.

7 Weber, M. (2016). Die protestantische Ethik und der "Geist" des Kapitalismus: Neuausgabe der ersten Fassung von 1904-05 mit einem Verzeichnis der wichtigsten Zusätze und Veränderungen aus der zweiten Fassung von 1920. Herausgegeben und eingeleitet von Klaus Lichtblau und Johannes Weiß. Springer-Verlag. [1905]; hier Seite 46 ff.